



PRESSEMITTEILUNG

Hartmann-Müller gegen Cannabis-Freigabe

Am gestrigen Freitag hat die Bundesregierung die Legalisierung von Cannabis im Deutschen Bundestag beschlossen. Die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Hartmann-Müller sieht das Gesetz der Ampel-Koalition kritisch: „Der Entwurf der Bundesregierung enthält zu viele Risiken, die Behörden haben zu wenig Kontrollinstrumente.“

Waldshut-Tiengen, 23.02.2024

Sabine Hartmann-Müller MdL
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
Telefon: +49 711 2063 8420
sabine.hartmann-mueller@
cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Hauptstraße 18
79761 Waldshut-Tiengen
Telefon: +49 7741 83 52 605
sabine.hartmann-mueller.wk@
cdu.landtag-bw.de



Nach der Vorlage soll Cannabis zukünftig nicht mehr als verbotene Substanz nach dem Betäubungsmittelgesetz (BtMG) gelten. Die Abgabe erfolgt in sogenannten Cannabis-Clubs. Parallel ist es möglich, einen Eigenanbau von drei weiblichen Pflanzen zu betreiben. Doch Experten warnen: Selbst moderater Konsum ist laut überwiegenden Meinung von Fachleuten risikoreich: Der Rauch schädigt die Lunge und erhöht auch bei jungen Menschen das Herzinfarkttrisiko. Hinzu kommen schwere psychische Folgen, die durch Cannabis-Konsum ausgelöst werden können.

Bei einem Besuch der Beratungsstelle Sucht in Waldshut konnte sich die CDU-Abgeordnete Anfang des Jahres bei einem Gespräch mit Fachleuten ein Bild von den Auswirkungen einer nun erfolgten Legalisierung machen. Dabei hat sich gezeigt, dass vor allem das Thema Prävention eine große Rolle spielt. „Die psychischen und sozialen Folgen einer Cannabis-Sucht können schwerwiegend sein. Eine umfangreiche Präventionskampagne mit Schwerpunkt auf langfristige Risiken des Cannabis-Konsums ist in meinen Augen einer Legalisierung vorzuziehen,“ so Hartmann-Müller.

Eine große Lücke klafft auch beim Führen von Fahrzeugen im Straßenverkehr unter dem Einfluss von Cannabis. Eine ähnliche Regelung wie beim Fahren unter Alkoholeinfluss fehlt völlig, bisher wurde kein zuverlässiger THC-Höchstwert für die Fahrtauglichkeit ermittelt oder festgesetzt.

Neben führenden Bundesverbänden aus dem medizinischen, pädagogischen und psychiatrischen Bereich warnen beispielsweise auch die Gewerkschaft der Polizei und der Bund Deutscher Kriminalbeamten vor einer Legalisierung. Sie sehen vor allem Gefahren für den Rechtsfrieden. Zudem sieht Hartmann-Müller viele ungeklärte Fragen, beispielsweise bei der Rechtsdurchsetzung. „Eine wirksame Überwachung durch Polizei- und Ordnungsbehörden ist faktisch nicht möglich,“ konstatiert die Landtagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Waldshut-Rheinfelden. Hinzu kommt wahrscheinlich ein hoher bürokratischer Mehraufwand. Dazu die Abgeordnete: „Wir können nicht einerseits große Bemühungen in den Abbau von Bürokratie und Verwaltungsaufwand investieren, nur um uns diesen an anderer Stelle wieder aufzuhalsen.“

Das Gesetz bringe Risiken, Chancen sehe sie keine. „Ergebnis wird die Mehrbelastung der Gesellschaft durch steigende Gesundheitsschäden und die Mehrbelastung der Länder durch einen erhöhten Umsetzungs- und Erfüllungsaufwand sein. Zudem erhält alleine der Bund aus der Legalisierung erwachsende Steuereinnahmen, die Länder bleiben auf Behandlungs-, Durchsetzungs- und Präventionskosten sitzen,“ resümiert Hartmann-Müller.